CDU gegen Cannabis-Verkauf an Jugendliche

Koalition für Modellversuch mit „Staatsdrogen"

Der CDU-Antrag „Drogenbekämpfung statt Drogenverkauf: Landesregierung muß in ihrer Drogenpolitik umschwenken" (Drs. 12/561) wurde nach kontroverser Aussprache am 25. Januar abgelehnt und die SPD-/Grüne-Entschließung (Drs. 12/632) dazu angenommen. Darin setzt sich die Landtagsmehrheit für eine umfassende Anti-Sucht-Politik sowie unter anderem für den Ausbau der Methadon-Substitution und Modellversuche mit „Gesundheitsräumen" ein.

Hermann-Josef Arentz (CDU) lehnte den Beschluß der Länderminister ab, die Märkte von harten und weichen illegalen Drogen durch Freigabe von Cannabis zu trennen. Es gehe auch um einen Modellversuch, Haschisch und Marihuana kontrolliert an Drogensüchtige abzugeben. NRW-Drogenbeauftragter Hüsken habe dazu noch die staatliche kontrollierte Abgabe von Cannabis bis zehn Gramm an über 16jährige gefordert. Die Grünen spendeten diesem gefährlichen Unsinn Beifall. Drogenverkauf statt Abkehr von Drogen sei schlimme Politik auf dem Rücken von Kindern und jungen Menschen. Erfahrungen durch unverantwortliche Experimente brauche NRW nicht, schlechte Erfahrungen gebe es in den Niederlanden. Hinter der legalen Fassade der Coffeeshops habe der Handel mit harten Drogen zugenommen; NRW brauche die Fehler nicht zu wiederholen. Der Drogenkonsum Minderjähriger sei sprunghaft angestiegen. Die Zollfahndung bekomme für 1,5 Kilo Haschisch wegen behaupteten Eigenbedarfs bereits keinen Haftbefehl mehr. Die CDU bleibe beim bewährten Verbot des Drogenkonsums.

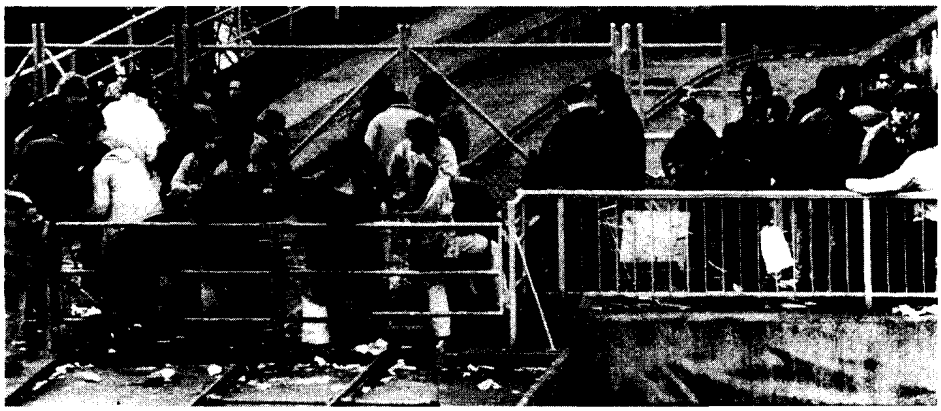
Vera Dedanwala (SPD) bezeichnete die Antragsüberschrift als Unverschämtheit, weil sie unterstelle, die Landesregierung wolle Drogenverkauf. Dem Landesdrogenbeauftragten Verantwortungslosigkeit vorzuwerfen, sei eine bodenlose Unverschämtheit. Welcher mutige Weg mit dem Methadonprogramm beschritten wurde, könne die CDU gar nicht einschätzen. Ein Leben ohne Sucht sei das Ziel. Es gebe Gruppen, die das aber nicht schafften. Repressive Polizeieinsätze hätten nicht zu geringerem Drogenkonsum geführt. Im Gegenteil gebe es immer neue Wellen von Suchtmitteln, zur Zeit Extasy und Designer-Drogen. Viele, viele Jugendliche verbrächten das ganze Wochenende im Taumel. Kriminalisierung führe zur Verelendung und gesundheitlichen Risiken. Die Trennung der Märkte sei ein Versuch. Niedrigschwellige Angebote würden unterstützt, besondere Hilfen für abhängige Frauen ausgebaut, ebenso die Methadon-Substitution. Auch Gesundheitsräume würden ausprobiert.

Daniel Kreutz (GRÜNE) warf der CDU vor, sich realitätstüchtiger Drogenpolitik zu verschließen. Eine christliche Partei sollte wissen, daß die total abstinente Gesellschaft kein reales Ziel sein könne, daß Rauschmittel so alt wie die Kultur selbst seien. Ein alkoholisches Rauschgetränk sei Mittelpunkt der katholischen Kulthandlung, die Produktion der Volksdrogen Bier und Wein zähle seit Jahrhunderten zu den wichtigsten wirtschaftlichen Betätigungen christlicher Klöster. Trotz aller Cannabis-Prohibition gebrauchten zwei bis vier Millionen Menschen Cannabis in Deutschland: Sie tauchten weder im Hilfesystem noch in der Beschaffungskriminalität auf. Gelegenheitskiffer lebten gesünder als chronische Abstinenzler, zitierte er den Präsidenten der Berliner Ärztekammer. Heroin sei eine Droge mit extrem hohem Suchtpotential, eine gesundheitsschädigende Wirkung sei bei reinem Stoff und korrekter Dosierung jedoch nicht nachweisbar. Die tragischen, beigebrauchsbedingten Todesfälle sollten zu besserer Aufklärung veranlassen. Konsum solle die Chance erhöhen, die suchtgeprägte Lebensphase lebend zu überstehen. Um Straßenstoff zu vermeiden, müsse in Gesundheitsräumen der kontrollierte Zugang zu reinem Stoff ermöglicht werden. Sucht gehe mit Verlust der Kontrolle einher und habe eine persönliche und gesellschaftliche Geschichte.

Rudolf Henke (CDU) sah im Angriff auf katholische Handlungen den systematischen Versuch, einen bestimmten Glauben zu diskreditieren. Trotz Wahlkampf habe sogar der SPD-Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz Fixerstuben und eine Freigabe von Drogen abgelehnt. Der Antragstext sei in weiten Teilen sehr gelungen. Die Forderung, Haschisch und Marihuana zu legalisieren, stehe dem entgegen. Abhängigkeit, zitierte Henke weiter, sei kein alternativer Lebensentwurf, sondern bedrohe die Autonomie. Den Verkauf von Cannabis zu gestatten, steigere die Akzeptanz von Drogenkonsum. Die CDU trete für das Gegenteil ein, er (Henke) beziehe Alkohol und Nikotin in die Ablehnung ein.

Gesundheitsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) zitierte das Bundesverfassungsgericht, das 1994 die Bewertung gesundheitlicher Risiken und die kriminalpolitische Bewertung von Cannabis als offen bezeichnet und dem Gesetzgeber die Prüfung der Trennung der Märkte auferlegt habe. Es habe ferner bei geringen Mengen von der Strafverfolgung abgesehen. Die Länder stimmten überein, daß der Modellversuch staatlicher Cannabis-Abgabe logisch und konsequent sei. Die Landesregierung werde nicht umschwenken. Sucht sei eine Krankheit, die Kranken sollten bestmögliche Hilfe erhalten. Verbote auf der Nachfrageseite seien Selbsttäuschung und Täuschung der Öffentlichkeit.

Hermann-Josef Arentz (CDU) widersprach der Behauptung, die CDU wolle kriminalisierte Kranke für Abschreckungseffekte einsetzen, und warf dem Minister Unkenntnis der Bemühungen der CDU-Landtagsfraktion vor. Seit zehn Jahren ringe sie um mehr Prävention, mehr Therapieplätze, mehr Mittel für Nachsorge. Sein Vortrag sei empörend.



Damit „Züricher Verhältnisse", wie beim Drogendeal an der Limmatbrücke, in Nordrhein-Westfalen nicht eintreten, wollen Koalitionspolitiker Modellversuche mit staatlich kontrolliertem Verkauf von Cannabis, etwa in Apotheken, durchführen und dadurch den Handel mit „weichen" Drogen vom illegalen Markt mit „harten" Drogen wie Heroin und Marihuana trennen. *Foto: dpa*

„Drogenkonsum Jugendlicher sprunghaft gestiegen"

„Obwohl die Zahl der Drogentoten im Vergleich zum vergangenen Jahr um 14% in Nordrhein-Westfalen zurückgegangen ist, boomt das Milliardengeschäft mit der Sucht wie nie zuvor. Rauschgifthandel und -schmuggel erreichen immer neue Wachstumsrekorde. Mit einem Anstieg um rund 10% hat sich in NRW 1995 die Gesamtzahl der erstauffälligen Konsumenten harter Drogen deutlich erhöht.

Nach Angaben der Polizei ist auch der Drogenkonsum Minderjähriger sprunghaft angestiegen. Diese Erfahrung der Polizei korrespondiert mit den Ergebnissen der Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BGZA) „Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland". Danach haben 1993 24% der 14- bis 25jährigen Jugendlichen in den alten Bundesländern schon einmal illegale Drogen genommen. Bei der Vergleichsbefragung 1990 waren es nur 19%.

Nach Ansicht von Fachleuten hängt diese Zunahme des Drogenkonsums auch mit der Verharmlosung von Haschisch und Designerdrogen sowie mit der Legalisierungsdebatte zusammen."

(aus: Drs. 12/561)